



Rathaus

Umschau

Mittwoch, 27. Dezember 2017

Ausgabe 244

ru.muenchen.de

Inhaltsverzeichnis

Meldungen	2
› Servicezentrum der Lokalbaukommission vorübergehend geschlossen	2
› Abfallwirtschaftsbetrieb München: Zusatzmüllsäcke im Angebot	2
Antworten auf Stadtratsanfragen	3
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	



Meldungen

Servicezentrum der Lokalbaukommission vorübergehend geschlossen

(27.12.2017) Das Servicezentrum der Lokalbaukommission in der Blumenstraße 19 ist ab Donnerstag, 4. Januar, 14 Uhr, wegen umfangreicher Umbauarbeiten geschlossen. Es sollen hier zusätzliche Beratungsplätze geschaffen werden.

Ab Donnerstag, 11. Januar, befindet sich das Beratungsteam im Hochhaus in der Blumenstraße 28b im Erdgeschoss – Zimmer 076 bis 080. Beratungszeiten sind Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 13.30 bis 16 Uhr. Mittwoch bis auf Weiteres nur telefonische Beratung. Voraussichtlich ab 16. April wird das Servicezentrum der Lokalbaukommission in der Blumenstraße 19 wieder geöffnet sein.

Die Beratung der Unteren Naturschutzbehörde findet ausschließlich im Kopfanbau, Blumenstraße 19, Platz Nummer 9, statt.

Abfallwirtschaftsbetrieb München: Zusatzmüllsäcke im Angebot

(27.12.2017) Falls über die Feiertage der Platz in der Restmülltonne knapp geworden ist, bietet der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) graue Müllsäcke mit einem Volumen von bis zu 70 Litern an. Ein Sack kostet 6 Euro. Die Müllsäcke können neben die Restmülltonne gestellt werden. Sie sind erhältlich in der Stadt-Information im Rathaus (nur Barzahlung), an den Wertstoffhöfen des AWM und in der AWM-Zentrale am Georg-Brauchle Ring 29 (nur mit EC-Karte).

Wegen der Feiertage verschiebt sich ein Teil der regelmäßigen Tonnenleerungen im Münchner Stadtgebiet. Die Mitarbeiter des AWM werden mit vielen Überstunden die entfallenen Leerungen so schnell wie möglich nachholen. Der Abfuhrkalender des AWM ist deshalb zwischen dem 2. und 5. Januar nicht verbindlich. Bei Fragen zur Müllentsorgung und zu den Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe informiert das Infocenter des AWM unter der Telefonnummer 2 33-9 62 00.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 27. Dezember 2017

Mehrsprachige Hinweise auf beschleunigten Aufruf im Kreisverwaltungsreferat

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann und Marian Offman
(CSU-Fraktion) vom 12.7.2017



Mehrsprachige Hinweise auf beschleunigten Aufruf im Kreisverwaltungsreferat

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann und Marian Offman (CSU-Fraktion) vom 12.7.2017

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Ihr Antrag lautete:

„Im Kreisverwaltungsreferat und den Bürgerbüros soll auf die Möglichkeit des beschleunigten Aufrufs von Schwangeren, Vätern/Müttern mit Kindern unter drei Jahren sowie für Menschen mit Behinderung im Eingangsbereich mit mehrsprachig gehaltenen Texten hingewiesen werden.“

Der Inhalt des Antrags betrifft die Abwicklung des Besucherverkehrs gemäß Ziffer 4.1.2 Abs. 2 AGAM. Die Umsetzung dieser Vorschriften ist eine laufende Angelegenheit der Verwaltung, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist rechtlich nicht möglich. Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister auf dem Schriftwege zu beantworten.

Von Ihrem Antrag sind im KVR die parteiverkehrsintensiven Bereiche Bürgerbüro, Ausländerbehörde sowie Fahrzeugzulassung und Fahrerlaubnisbehörde und am Rande das Wahlamt betroffen.

In den Bürgerbüros sind die Hinweise auf den beschleunigten Aufruf bestimmter Personengruppen in deutscher Sprache und mit entsprechenden Piktogrammen gehalten. Die Hinweisschilder sind in allen Wartezeiten an den Nummernautomaten angebracht, so dass jede Kundin und jeder Kunde automatisch vor Ziehen einer Nummer auf die Möglichkeit der bevorzugten Behandlung hingewiesen wird.

In den Bürgerbüros, in denen die Nummern an Service-Points ausgegeben werden, geben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Service-Points automatisch Sonderwartenummern für den bevorzugten Personenkreis aus. Deshalb sind hier gesonderte Hinweise nicht erforderlich.

Der Vorteil von Piktogrammen ist, dass sie unabhängig von Sprache und Herkunft von allen Personen gleichermaßen verstanden werden. In Mün-

chen leben Menschen aus über 180 Nationen, die mehr als 43 verschiedene Sprachen sprechen. Nicht alle von Ihnen können wir mit einem für sie verständlichen Texthinweis erreichen und die Auswahl bestimmter Sprachen würde immer zu einer „Benachteiligung“ der anderen führen. Daher sind fremdsprachige Texthinweise aus Sicht des Bürgerbüros keine gewinnbringende Alternative oder Ergänzung zu den universell verständlichen Piktogrammen. Dies vor allem auch, weil die Erfahrungen im Parteiverkehr zeigen, dass das Angebot auch von fremdsprachigen Kundinnen und Kunden tatsächlich sehr gut verstanden und angenommen wird.

Zudem hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass wenige zielgerichtete Hinweise besser wahrgenommen werden als viele verschiedene oder zu ausführliche Hinweise. In diesem Sinne ist das Bürgerbüro bestrebt, die Parteiverkehrsbereiche möglichst wenig zu beschildern. Die sparsame Beschilderung stellt auch sicher, dass bedarfsorientierte, aktuelle Informationen besser wahrgenommen werden.

In der Ausländerbehörde wird die bevorzugte Behandlung der im Antrag genannten Personengruppen dadurch realisiert, dass an den Service-Points, das heißt an den zentralen Anlaufstellen für den ersten Kundenkontakt, Piktogramme mit einem entsprechenden Hinweistext aufgestellt sind und der betroffene Personenkreis nach Möglichkeit vorgezogen wird.

Im Bereich der Kfz-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde erfolgt die Vergabe von Wartenummern zentral über den Check-In-Schalter im Erdgeschoss. An diesem Schalter werden auch die priorisierten Wartenummern aufgrund einer bestehenden Schwangerschaft, einer Behinderung oder aufgrund begleitender Kleinkinder erteilt. Der Aufruf mit priorisierter Wartenummer erfolgt sehr zeitnah.

Kundinnen und Kunden, die nicht in der Lage sind, sich am Check-In-Schalter anzustellen, können sich an den Sicherheitsdienst wenden und erhalten ihre priorisierte Wartenummer dann außerhalb der Warteschlange am Check-In-Schalter.

Bislang gab es bei KVR III/2 kaum Verständnis- oder Verständigungsprobleme zu diesem Thema. Die betroffenen Personen verstehen es in der Regel, auf sich und ihre Situation aufmerksam zu machen (wenn sie nicht bereits offensichtlich ist), so dass hier jeweils zeitnah eine Lösung gefunden werden kann. Daher sieht die Fachdienststelle eine mehrsprachige Information nicht als notwendig an.



Das Wahlamt verzeichnet nur im Rahmen von Wahlen und Abstimmungen Parteiverkehr. Die Wartezeiten bei Briefwahlausstellungen sind jedoch so gering, dass aktuell nicht einmal entsprechende Hinweise in deutscher Sprache vorhanden bzw. erforderlich sind.

Nur im Rahmen von Volksbegehren sind längere Wartezeiten zu verzeichnen. Hier sind auch entsprechende Hinweise zu finden. Da hier jedoch nur Deutsche wahlberechtigt sind, ist eine mehrsprachige Information nicht notwendig.

Abschließend dürfen wir darauf hinweisen, dass das KVR schon vor einiger Zeit ein Terminvergabesystem eingeführt hat. In den meisten Bereichen der Ausländerbehörde, der Kfz-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde, im Versicherungsamt und in derzeit drei Bürgerbüro-Außenstellen sind Terminvereinbarungen möglich. Allen Bürgerinnen und Bürgern, die mit Termin vorsprechen, entstehen praktisch keine oder allenfalls sehr geringe Wartezeiten. Mit dem sukzessiven Ausbau der Terminvereinbarung wird die Notwendigkeit für einen beschleunigten Aufruf bestimmter Personen somit ohnehin an Bedeutung verlieren. Auch aus diesem Grund ist eine mehrsprachige Information aus Sicht des KVR nicht erforderlich.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 27. Dezember 2017

Baumschutz in Giesing ernst nehmen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und
Brigitte Wolf (Die Linke)

„Soldiers of Odin“ jetzt auch in München aktiv – wo ist das Problem?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, den 22. 12. 2017

Antrag: Baumschutz in Giesing ernst nehmen!

Der Stadtrat möge beschließen:

Beim barrierefreien Ausbau der Fuß- und Radwegunterführung Tegernseer Landstraße/Ot-kerstraße soll auf beiden Seiten neben einer Treppe ein Aufzug eingeplant werden, um die Barrierefreiheit herzustellen. Dadurch kann einer der wenigen Bäume in diesem Bereich Giesings erhalten werden.

Begründung:

Wenn die bisher auf der Seite der Otkerstraße vorgesehene Fußgänger-Rampe gebaut werden würde, müsste dort einer der ganz wenigen Bäume gefällt werden. Die Anwohner und Anwohnerinnen, die hier, direkt am Mittleren Ring, bereits extrem durch Lärm und Abgase geplagt sind, fordern vehement den Erhalt des Baumes.

Deswegen muss der Baumschutz ernst genommen und eine Variante mit je einem Aufzug auf beiden Seiten unbedingt umgesetzt werden.

Brigitte Wolf (DIE LINKE)

Cetin Oraner (DIE LINKE)



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
27.12.2017

„Soldiers of Odin“ jetzt auch in München aktiv – wo ist das Problem?

Seit einigen Wochen ist auch in der bayerischen Landeshauptstadt die private Sicherheitswacht „Soldiers of Odin“ aktiv. Sie sieht ihre Aufgabe in der Betreuung einheimischer Obdachloser und als „Nachbarschaftshilfe“ im unterstützenden Streifendienst. Aus den letzten Wochen sind Einsätze der Gruppierung u.a. in Augsburg und Ingolstadt dokumentiert, bei denen Decken an Obdachlose ausgegeben wurden. Zu Problemen kam es dabei nicht. Ein Zwischenfall wird dagegen aus München gemeldet: hier stellte eine Polizeistreife eine aus drei Personen bestehende Streife der „Soldiers of Odin“ am Abend des Samstag, 16.12.2017, ohne erkennbaren Anlaß in unmittelbarer Nähe des Hofbräuhauses, führte eine Personenkontrolle durch und verbrachte die drei Streifenmitglieder ins Polizeirevier, wo die weitere erkennungsdienstliche Behandlung durchgeführt wurde. – Es stellen sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Aus welchem Grund wurde am 16.12. eine Streife der „Soldiers of Odin“ von einer Polizeistreife gestellt und ins Polizeirevier verbracht?
2. Welche Erkenntnisse liegen der LHM über die „Soldiers of Odin“ ggf. vor, die – offenbar anders als in anderen bayerischen Städten – Vorbehalte seitens der LHM bzw. ein Tätigwerden der Münchner Polizei wie im genannten Fall nahelegen?
3. Welche Aktivitäten der „Soldiers of Odin“ in der LHM sind dokumentiert? Zu welchen Zwischenfällen kam es dabei?

Karl Richter
Stadtrat